

# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Sonntags 50 Pf.

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 18 Mark. Anzeigen: Zeile 4 Mark und 50 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2.50 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

## Braun zum Ministerpräsidenten gewählt.

Mit 197 von 338 Stimmen.

In der gestrigen Abend Sitzung des preussischen Landtages wurde die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen. Abgegeben wurden 338 Stimmen. Die absolute Mehrheit betrug 170, auf den sozialistischen Abgeordneten Otto Braun entfielen 197, auf den deutschnationalen Abg. Winkler 63 Stimmen, 47 Stimmentzettel waren leer, die übrigen Stimmen zersplittert. Abg. Braun ist somit zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt.

\*

Es ist in Preußen also nicht nur anders, sondern noch anders gekommen. Statt Defer, des von allen Koalitionsparteien um die Mittagsstunde aufgestellten Kandidaten für das Ministerpräsidium, also Otto Braun. Es wird einmal eine lohnende Aufgabe sein, die Geschichten deutscher Regierungskrisen genauer zu erzählen, mit allen ihren Verwicklungen, die der Erfindungsgabe des Autors eines spannenden Romanes alle Ehre machen würden, mit ihren Schwankungen, Biellostigkeiten und Zufälligkeiten. Und es wird ein besonders interessantes Kapitel sein, wenn geschildert wird, wie die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten am 5. November 1921 zustande gekommen ist, wie Ministerlisten zur Auswahl in den Fraktionszimmern lieferten haben, wie die Abgeordneten sich zu der Stunde, auf die die Plenarsitzung angesetzt war, im Saale versammelten, um den Ministerpräsidenten zu wählen, aber nicht wußten, wer gewählt werden sollte, der Demokrat oder der Sozialdemokrat. Und wie schließlich, während schon die Glocken schrillten, die den Sitzungsbeginn anzeigten, also wirklich in der letzten Minute, das Stichwort ausgegeben wurde: die Liste Braun. Und wie sich dann im Saale selbst der repräsentative Akt der Wahl mit jenem Ernst und jener Würde vollzog, die zum Ausdruck bringen sollte, daß hier nach reiflicher und sorgfältiger Überlegung eine für das Staatswohl bedeutsame Entscheidung getroffen wird.

Wie kam es, daß das Kabinett Defer, das doch in den ersten Nachmittagsstunden als eine Gewißheit angesehen wurde, in den Abendstunden so spurlos in die Verleugung verwich? Sozialdemokraten und Zentrum hatten um das Ministerpräsidium gestritten. Das Zentrum hielt an Stegerwald fest, die Sozialdemokraten brachten den Landtagspräsidenten Leinert in Vorschlag, weil sie voraussetzten, daß diese Kandidatur bei den bürgerlichen Parteien auf geringeren Widerspruch stoßen würde, als die Otto Brauns. Darin hatten sich auch die Sozialdemokraten nicht geteilt. Der Widerspruch des Zentrums wäre durch das Bortum der anderen drei Koalitionsparteien zu besiegen gewesen. Aber Leinert war nicht geneigt, den Oberbürgermeisterposten in Hannover mit dem Ministerpräsidium zu tauschen, und so wurde der Demokrat zwischen den beiden streitenden Parteien tertius gaudens. Alle vier Parteien einigten sich auf die Kandidatur des Abgeordneten Defer, des Vorsitzenden der Demokratischen Fraktion, nur über die Verteilung der einzelnen Ministerportefeuilles ging der Streit noch weiter, schien aber nicht so bedeutsam zu sein, daß daran das Kabinett Defer scheitern würde. Die Fraktionen traten zusammen, und da sie bis drei Uhr noch nicht ganz einig waren, wurde die Plenarsitzung unmittelbar nach der Eröffnung bis auf acht Uhr wieder vertagt, um für die Verhandlungen Zeit zu lassen.

Es ging zunächst lediglich um das Handelsministerium und Wohlfahrtsministerium. Die Sozialdemokraten beanspruchten das Handelsministerium für sich und wollten dem Zentrum das Wohlfahrtsministerium überlassen. Von der Deutschen Volkspartei wurde Widerspruch dagegen erhoben, daß Handel und Landwirtschaft mit sozialdemokratischen Ministern besetzt werden sollten, und im Laufe der neuen interparteilichen Besprechungen wurde auch der Widerspruch gegen Otto Braun als Landwirtschaftsminister von der Volkspartei wieder heftiger geäußert. Da man sich über die Verteilung der Portefeuilles nicht einigen konnte, wurden zwei Ministerlisten ausgearbeitet, die eine lautete auf den Namen Defer, die andere auf den Namen Braun. Der Unterschied zwischen den zwei Listen bestand darin, daß in einem Kabinett Defer das Landwirtschaftsministerium Otto Braun vorbehalten war, in einem Kabinett Braun dem Demokraten Dr. Wendorff. Die Entscheidung, wer zum Ministerpräsidenten gewählt werden sollte, lag bei der Deutschen Volkspartei.

In der Fraktionsitzung der Deutschen Volkspartei war die Stimmung zunächst so, daß die große Koalition an der Frage der Verteilung der Ministerliste zu scheitern drohte. Einerseits schien der

Volkspartei Otto Braun als Landwirtschaftsminister unerträglich, andererseits wollte sie ihn auch nicht als Ministerpräsidenten haben. Wie man hört, ergab die erste Abstimmung in der Fraktion Einmütigkeit in der Ablehnung beider Listen. Erst dem Eingreifen des Abgeordneten Dr. Stresemann, der in längeren Ausführungen die wichtigen prinzipiell-politischen Gesichtspunkte in den Vordergrund rückte, soll es zuzuschreiben sein, daß in der Fraktion schließlich die Überzeugung durchdrang, man dürfe an Personfragen den Gedanken der großen Koalition nicht scheitern lassen. Von anderen Rednern wurde hervorgehoben, daß Otto Braun als Landwirtschaftsminister für die Fraktion zwar nicht annehmbar sei, daß er aber, auf das mehr formale und repräsentative Amt des Ministerpräsidenten beschränkt, zu tragen sei, daß es immerhin als ein politischer Erfolg zu buchen wäre, wenn die Sozialdemokratie nicht drei, sondern außer dem Ministerpräsidenten nur zwei wichtige Portefeuilles im Kabinett besäße, darunter das Handelsministerium mit dem Abg. Siering, der von jeher ein Verfechter des Gedankens der großen Koalition gewesen sei.

Inzwischen war es fast 8 Uhr geworden, und die anderen Parteien drängten auf Entscheidung. Um 8 Uhr abends wurde zugesagt, daß sie binnen zehn Minuten werde bekanntgegeben werden. Die Entscheidung in der Fraktion der Deutschen Volkspartei fiel für die Liste Braun.

Unmittelbar darauf, 8 1/2 Uhr, wurde auch die Sitzung eröffnet und die Wahl vorgenommen, die das eingangs erwähnte Ergebnis hatte. Es fiel auf, wie verhältnismäßig gering die Mehrheit der Stimmen war, die Otto Braun auf sich vereinigte. Es waren nur 27 Stimmen über die absolute Mehrheit.

Abg. Braun hat gestern noch keine offizielle Erklärung abgegeben, daß er die Wahl annimmt. Die Erklärung wird wohl schriftlich erfolgen, und der neue Ministerpräsident wird sein Kabinett in der nächsten Sitzung des Landtags, die am Donnerstag stattfindet, vorstellen. Seine Zusammensetzung steht bis auf einen Namen fest. Das Wohlfahrtsministerium wird für Stegerwald freigehalten. Es ist aber fraglich, ob er es annehmen wird.

### Die Ministerliste.

- Präsidium: Otto Braun (Soz.).
- Innere: Severing (Soz.).
- Finanzen: Dr. von Richter (Deutsche Volkspartei).
- Justiz: Dr. am Rehnhoff (Str.).
- Unterricht: Dr. Boelzig (D. V. P.).
- Handel: Siering (Soz.).
- Landwirtschaft: Dr. Wendorff (Dem.).
- Wohlfahrt: Stegerwald (Str.).

### Die neuen Minister.

Otto Braun, der neue Ministerpräsident, war vom 12. November 1918 bis 21. April 1921 preussischer Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und führte nach dem Kapp-Putsch im März 1920 bis zum April 1921 auch das Präsidium des preussischen Staatsministeriums.

Dr. Wendorff war vom 8. November 1918 bis 29. Juli 1920 Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin. Er ist praktisch und theoretisch gebildeter Landwirt.

Der neue Minister des Innern Severing hat dieses Amt bereits vom 20. März 1920 bis 21. April 1921 bekleidet. Von Beruf ist er Schlosser. In dem amtlichen Handbuch für den preussischen Landtag bezeichnet er sich selbst als Mitarbeiter an den „Sozialistischen Monatsheften“.

Als Minister neu sind die Vertreter der Deutschen Volkspartei Dr. Boelzig und Dr. v. Richter. Boelzig ist Gymnasialdirektor in Coesfeld in Westfalen und war als Oberlehrer und Schuldirektor früher im Auslande (Brüssel und Barcelona) tätig. Dr. h. c. v. Richter ist geborener Berliner. Er hat das Werderische und Luisenstädtische Gymnasium besucht und stieg im preussischen Verwaltungsdienst auf, bis er 1905 an die Spitze des Sachsen-Roburg-Gothaischen Staatsministeriums berufen wurde. Im Mai 1917 wurde er Oberpräsident der Provinz Hannover, was damals als eine Konzession an den entschiedenen Liberalismus galt. In diesem Amt blieb er bis September 1920, um Moske Platz zu machen.

Der Abgeordnete Siering ist ebenfalls Berliner und hat zu dem Ministerium für Handel und Gewerbe die äußere Beziehung, daß er einer der Beträgte war, die im April 1921 abgeschafft wurden. In seiner Selbstbiographie teilt er mit, daß er 1910 bis 1911 die Parteischule der Sozialdemokratischen Partei besucht hat. Von 1904 bis 1919 war er Gewerkschaftsangehörter. Dann hat er die Leitung des paritätischen Arbeitsnachweises für die Metallbetriebe Groß-Berlins übernommen. Von Beruf ist er Schmied.

Die Zentrumswortführer Dr. am Rehnhoff und Stegerwald gehörten schon bisher dem Staatsministerium an.

## Industrieherzöge.

Von Georg Bernhard.

Nach langem Kampf haben gestern die Führer des Reichsverbandes der deutschen Industrie über ihre Opposition gesagt und die Zustimmung der Vollversammlung zu weiteren Verhandlungen in der Angelegenheit des Kreditabkommens erlangt. Sie haben damit wenigstens erreicht, daß sie, die der Gestaltung der Organisationsform der Bürgerschaft für den Auslandskredit ihre positive Mitarbeit im Reichswirtschaftsrat geliehen hatten, nicht völlig desavouiert worden sind. Dieser Sieg ist erfreulich. Aber er ist mit einem Kompromiß erkauft, das nicht ganz ungefährlich scheint. In der vom Vorstand vorgeschlagenen Resolution waren als Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Münchener Beschlusses lediglich gefordert: die Durchführung einer sparsamen Finanzwirtschaft auf allen Gebieten des Staatslebens, die Befreiung der bei den Betriebsverwaltungen bestehenden Mißstände und keine Mißachtung der begründeten und sachverständigen Ratsschlüsse der Wirtschaft für diese Reformen. Das waren selbstverständliche Forderungen, deren jeder vernünftige Mann zustimmen konnte. Denn ohne eine vernünftige und endlich energisch einsetzende Sparpolitik in der deutschen Finanzverwaltung bleiben alle wirtschaftlichen Maßnahmen wirkungslos und alle anderen Forderungen für die deutsche Finanzsanierung fromme Wünsche. In der Resolution, die schließlich nach der siebenstündigen Verhandlung angenommen wurde, sind aber ganz wesentliche Veränderungen vorgenommen worden. Zunächst ist der Ausschuss des Reichsverbandes nicht, wie das Präsidium es wollte, ermächtigt worden, bereits mit dem Ausland zu verhandeln, sondern er soll vorerst einmal nur mit der Regierung weiterverhandeln dürfen. Schon dadurch wird die ganze Aktion gefährlich in die Länge gezogen, und das gerade in einem Augenblick, in dem sich bereits immer deutlicher im Ausland die Unzufriedenheit zeigt, den deutschen Vorschlägen näherzutreten. Wenn nach dem Buchstaben der Resolution verfahren werden sollte, so würde das eine Schonzeit für alle Dollarspekulanten und eine Prämie auf die weitere Verlotterung der deutschen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse bedeuten.

Viel wesentlicher aber sind die Veränderungen, die an den Voraussetzungen für die Zustimmung der Industrie vorgenommen worden sind. Die Forderung der sparsamen Finanzwirtschaft ist gelassen. Ebenso der Anspruch, daß die öffentlichen Betriebe die Finanzen nicht weiter belasten dürfen, sondern so eingerichtet werden müssen, daß sie den Etat entlasten. Gegen all das wäre nichts einzuwenden, wenn man nicht diese Forderungen in höchst gefährlicher Art kommentiert hätte. Man verlangt nämlich, daß der Ueberfluß aus den öffentlichen Betrieben groß genug sein müsse, um Verzinsung und Tilgung des aufzunehmenden Golddarlehens zu decken. Um die Bedeutung dieser Formulierung klar zu erkennen, muß man sich daran erinnern, daß ein paar rheinische Großindustrielle — an ihrer Spitze Hugo Stinnes — seit langem daran arbeiten, nicht etwa bloß — was beabsichtigt wäre — durchzuführen, daß insbesondere für die Eisenbahnen des Reiches privatwirtschaftliche Grundsätze auf die Betriebs- und Geschäftsführung übertragen werden sollen, sondern es zu erreichen, daß die Reichseisenbahnen an das Privatkapital übergeben werden. Es scheint sogar, daß in aller Stille von gewissen Seiten bereits mit ausländischen Geldmächten in diesem Sinne verhandelt wird. Dieses Ziel, gegen das sich in allen Teilen des Volkes der härteste Widerspruch regt, wird jetzt versucht auf dem Umweg über die Kreditaktion zu erreichen. Darüber kann auch die verhältnismäßig harmlose Formulierung nicht hinwegtäuschen, durch die die einmütige Annahme der Resolution auf der gestrigen Versammlung erreicht worden ist.

Zu diesen Voraussetzungen gesellt sich endlich noch das Verlangen der Sicherheit dafür, daß Reichsregierung und Reichstag das Wirtschaftsleben „von allen die freie Tätigkeit und Entwicklung schädigenden Fesseln befreien“. Daß jede Zwangswirtschaft, jede bürokratisierende Einmischung in den inneren Wirtschaftsbetrieb nicht bloß die Wirtschaft schädigt, sondern auf die Dauer auch die Finanzmöglichkeiten des Reiches untergräbt, ist eine politische und wirtschaftliche Binsenwahrheit. Und gerade an dieser Stelle ist wiederholt und dringlich darauf aufmerksam gemacht worden, daß ohne Wirtschaftsformen, in denen die persönliche Initiative des Unternehmers, angeregt durch die Aussicht auf angemessene Entlohnung seiner Arbeit und seines Risikos, walten kann, eine Sanierung der deutschen Finanzen, die Hand in Hand mit einer Sanierung der deutschen Wirtschaft gehen muß, nicht zu erreichen ist. Aber auf der anderen Seite ist es doch ausgeschlossen, daß in den heutigen Zeitläuften jeder tun und lassen kann, was er will. Wohin ein solcher Zustand führt, das erleben wir ja gerade augenblicklich schaudernd mit, denn dieser Zustand besteht ja jetzt. Wir sehen, daß noch immer die Vorteile vom raschen Sinken der deutschen Wälu, deren düstere Schattenseiten sich in der